

Donald Trump oder: Das Ende des amerikanischen Zeitalters?

Von Adam Tooze

Am 13. Oktober 1806 hatte ein junger deutscher Philosoph, Georg Friedrich Wilhelm Hegel, ein Rendezvous mit der Weltgeschichte. Unterwegs zur Vernichtung der preußischen Truppen, die 24 Stunden später erfolgte, zogen Napoleon und seine Armee durch die kleine Universitätsstadt Jena. Einerseits erschrak Hegel bei der Vorstellung, in dem zu erwartenden Chaos könnte sein erst kürzlich fertiggestelltes Manuskript der „Phänomenologie des Geistes“ auf dem Postweg verloren gehen. Andererseits vermochte er sich der Dramatik des Augenblicks nicht zu verschließen. „Den Kaiser – diese Weltseele – sah ich“, schrieb er seinem Freund Friedrich Niethammer tief beeindruckt, „durch die Stadt zum Rekognoszieren hinausreiten; – es ist in der Tat eine wunderbare Empfindung, ein solches Individuum zu sehen, das hier auf einen Punkt konzentriert, auf einem Pferde sitzend, über die Welt übergreift und sie beherrscht.“

Zweihundert Jahre später beschwor auch der Historiker Daniel J. Sargent vor der American Historical Association unter eher weniger aufregenden Umständen den Weltgeist. Allerdings erschien dieser diesmal in Gestalt Donald Trumps, nicht im Sattel sitzend, sondern in einem Golfwägelchen. Mit Napoleon, meint Sargent, kann Trump dennoch verglichen werden, weil auch er sich als Zerstörer einer Weltordnung betätigt. Im Anschluss an die Französische Revolution ruinierte Napoleon, was von der legitimen Ordnung Europas noch übriggeblieben war. Trump seinerseits setze offensichtlich der amerikanischen Weltordnung – oder der Pax Americana, wie Sargent diese lieber nennt – ein Ende.

Selbst für eine Zeit, in der überschwängliche historische Vergleiche grasieren, erscheint Sargents These außerordentlich gewagt. Sicher, Anfang 2017 dachte auch ich wie viele andere, das amerikanische Jahrhundert gehe zu Ende. Doch schon damals, in den ersten Tagen der Trump-Administration, hielt ich es für entscheidend wichtig, zwischen Amerikas Macht und Amerikas politischer Autorität zu unterscheiden. Zwei Jahre später scheint diese Unterscheidung wichtiger zu sein denn je.

Die Vorstellung, dass Trump die unter amerikanischer Führung stehende Weltordnung ruiniert, fußt auf drei Annahmen. Erstens darauf, dass er für

* Der Beitrag ist die deutsche Erstveröffentlichung des Artikels aus der „London Review of Books“, 7/2019 (www.lrb.co.uk). Die Übersetzung stammt von Karl D. Bredthauer.

hohe Ämter offenkundig untauglich ist. Dass so jemand zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden kann, offenbart eine tiefe Degeneration der amerikanischen politischen Kultur und beschädigt dauerhaft die Glaubwürdigkeit des Landes. Die zweite Feststellung besagt, dass seine launenhafte und grobe „America first“-Praxis Amerikas Bündnisse schwächt und auf eine Abkehr von der freihandelsbasierten Globalisierung hinausläuft. Drittens schließlich habe er diese Krise ausgerechnet in einem Augenblick ausgelöst, in dem China die westlich geführte Globalisierung auf beispiellose Weise herausfordert. Jede dieser Feststellungen hat einiges für sich, aber bedeuten sie – zusammengenommen – tatsächlich, dass sich die globale Machtstellung Amerikas fundamental verändert, ja, dass ihre Grundlagen sich in historischem Ausmaß verschieben?

Wie der Rechtsruck der Republikaner Trump den Weg ebnete

Dass Trump die Würde des amerikanischen Präsidentenamtes schwer beschädigt hat, steht außer Frage. Er markiert, selbst wenn man die privaten und politischen Fehlleistungen einiger seiner Amtsvorgänger berücksichtigt, einen bisher unerreichten Tiefpunkt. Nicht weniger Sorge sollte allerdings bereiten, dass Trump kaum offene Kritik aus den Reihen der vermeintlich respektableren Führungsfiguren der Republikaner erfährt. Ähnliches gilt für führende Vertreter der amerikanischen *Big Business*, die Trump zwar mit Skepsis betrachten, aber von den Steuersenkungen seiner Regierung profitiert und bei der Auflösung der Apparate zur umwelt- und finanzpolitischen Regulierung eifrig assistiert haben. Jene Abteilung der US-Medien, die die politische Rechte bedient, spendet ihm Beifall. Und eine solide Minderheit der Wählerschaft unterstützt ihn weiterhin aus vollem Herzen. Besorgniserregend ist folglich nicht einfach nur Trump selbst – es sind vielmehr diejenigen Kräfte in Amerika, die Trump möglich machen.

Natürlich ist Trump nicht der erste republikanische Präsident, der im Lande selbst wie auch im Ausland eine Mischung aus Empörung, Horror und Hohn provoziert. Sowohl Ronald Reagan als auch George W. Bush wurden zu ihrer Zeit beschuldigt, die Legitimität der amerikanischen Weltordnung aufs Spiel zu setzen. Der kulturelle Konservatismus und der offene Nationalismus der amerikanischen Rechten stehen in krassem Widerspruch zur gängigen Weltmeinung. Dieser kulturelle Zusammenprall hat seine Vorgeschichte in Amerikas innergesellschaftlichen Kämpfen um Bürgerrechte, um Frauen-, Lesben- und Schwulenrechte, aber auch in der weltweiten Protestbewegung gegen Amerikas brutale Kriegführung in Vietnam.

Seit den Tagen Richard Nixons und der „Southern strategy“ haben die Republikaner sich immer tiefer eingegraben und ihren Rückhalt in der weißen Wählerschaft im Süden wie im Mittleren Westen stetig gefestigt. Bis in die 1980er Jahre hinein stellte die Republikanische Partei so etwas dar wie die – schwierige – Koalition einer freihändlerisch und wirtschaftsfreundlich eingestellten Elite mit einer xenophoben Basis in Arbeiterklasse und

unterer Mittelschicht. Das Arrangement war immer fragil, zusammengehalten durch glühenden Nationalismus und Misstrauen gegenüber *Big Government*. Regieren konnte es großenteils aufgrund der Mitwirkungsbereitschaft der Zentristen in der Demokratischen Partei. So ging die Initiative für das NAFTA-Freihandelsabkommen zwischen den USA, Mexiko und Kanada zwar von George H. W. Bush aus, aber in trockene Tücher kam es erst 1993 unter Bill Clinton – gegen den heftigen Widerstand der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Und es war die Clinton-Administration, die den Staatshaushalt nach den Defizitexzessen der Reagan-Ära wieder in Ordnung brachte – nur damit George W. Bushs Regierung ihn durch ihre Kriege und Steuersenkungen erneut tief ins Defizit treiben konnte.

Zwischenzeitlich begann das Meinungsspektrum in der Republikanischen Partei sich zu verengen und zu radikalieren. In den 1990er Jahren, als Newt Gingrich, ehemaliger Sprecher des US-Repräsentantenhauses, und Karl Rove, ehemaliger Stellvertretender Stabschef des Weißen Hauses, den Ton angaben, verhärteten sich die Fronten. Nachdem der Irakkrieg entsetzlich missraten war und 2006 die Demokraten den Kongress unter ihre Kontrolle gebracht hatten, nahm die Dominanz der Rechten bei den Republikanern immer weiter zu. Im Jahr 2008, mitten in der Finanzkrise, ließen die Kongress-Republikaner ihre Parteifreunde in der Bush-Administration im Stich. Bushs Finanzminister Henry Paulson und Notenbankchef Ben Bernanke mussten sich im Kongress auf die Demokraten stützen. Die Führungsstärke der republikanischen Parteilite kollabierte. John McCain wählte 2008 die erschreckend unqualifizierte Sarah Palin als seine Vizepräsidentchaftskandidatin, weil sie an der republikanischen Basis ungeheuer beliebt war. Dort genoss man die Empörung, die Palin unter Liberalen auslöste. Dass dann Barack Obama die Präsidentchaftswahl gewann, verschärfte den republikanischen Rechtsdrall nur noch weiter. Die Republikaner im Kongress versteiften sich aufs Mauern und ließen es bereitwillig zu, dass die populistische Rechte Obamas Legitimität als Präsident offen in Frage stellte. Als der Zentrist Mitt Romney 2012 die Wahlen verlor, kam es zu einem weiteren, entscheidenden Rechtsruck, der schließlich Trump den Weg bahnte. Noch 2016 war keines der größeren Unternehmen bereit, den Wahlkongress zu sponsern, der Trump zum republikanischen Präsidentchaftskandidaten machte: Ihre Markenberater fürchteten, in der Kongresshalle würden Konföderierten-Flaggen geschwenkt werden. Trumps Stimme ist die der rechtslastigen Parteibasis, aufgeputzt durch die Zuwendungen einer kleinen Gruppe hochideologischer Oligarchen und von der globalistischen Wirtschaftselite nicht länger im Zaum gehalten.

Die amerikanische Stresstest-Strategie

Ein Zyniker könnte sagen, Trump spreche lediglich offen aus, was viele Rechte insgeheim seit Langem denken. Er ist zweifellos ein Rassist, aber die massenhafte Inhaftierung schwarzer Männer seit den 1970er Jahren wurde

von *beiden* großen Parteien betrieben. Seine Hetzreden in Sachen Immigration sind empörend, aber es ist ja nicht so, als verfolgten liberale Zentristen eine Politik offener Grenzen. Die entscheidende Frage aber lautet, ob Trumps hemmungslose Rhetorik darauf hindeutet, dass die Heucheleien und Kompromisse des bisherigen Status quo in etwas noch Finsteres übergehen. Es steht zu befürchten, dass dieser Präsident eine illiberale Kettenreaktion auslösen könnte, und zwar im In- wie im Ausland.

Bei den jüngsten Gipfeltreffen der G20, der G7 und der Nato war die Atmosphäre gespannt. Das Gerücht, die Vereinigten Staaten beabsichtigten, den „Gastgeberländern“ ihrer in aller Welt etablierten Militärstützpunkte die „Stationierungskosten zuzüglich 50 Prozent Aufschlag“ in Rechnung zu stellen, liefert lediglich das jüngste Beispiel für eine Praxis, die Amerikas Machtausübung manchmal auf eine Art Schutzgelderpressung zu reduzieren scheint. Aber bei allem Unmut, den dergleichen provoziert: Entscheidend sind die Auswirkungen auf die globale Machtbalance, die Trumps disruptiver Politikstil zeitigt, und die Beantwortung der Frage, ob er einen historischen Bruch mit der amerikanischen Weltordnung anzeigt. Welchen Unterschied macht es wirklich, wenn die USA mit europäischen Nato-Mitgliedern rüde umgehen; wenn sie sich weigern, mit der Welthandelsorganisation zusammenzuarbeiten, oder mit harten Bandagen gegen Autoimporte vorgehen?

Es handelt sich um keine akademische Fragestellung. Die Trump-Administration selbst provoziert sie durch die Art, wie sie mit Amerikas Verbündeten und Partnern umspringt. Sind Amerikas Bündnisse – ja, sind internationale Institutionen – wirklich wichtig? Sogar die Unentbehrlichkeit der transnationalen Technologie- und Kommerznetzwerke versteht sich für diese Administration nicht von selbst. Vielleicht wäre es für die Vereinigten Staaten besser, sich einfach „auszukoppeln“?! Wo die Kritiker Trumps finden, in einer Zeit, in der Chinas Macht wächst, sollten die Vereinigten Staaten ihre internationalen Allianzen unbedingt stärken, sehen die Trumpisten die Sache genau umgekehrt: Gerade um China in die Schranken weisen zu können, müssen die USA ihrer Ansicht nach das westliche Bündnis wachrütteln und seine Bestimmung redefinieren, damit es eindeutiger amerikanischen Interessen dient. Was da vor unseren Augen abläuft, ist kein bloßer Auflösungs- und Zerstörungsprozess, sondern eine kalkulierte Stresstest-Strategie. Trump verkörpert diese Strategie, gewiss, aber sie reicht weit über seine Person hinaus.

Das zeigt sich gerade auch im Bereich des Militärischen. Im Oktober 2018 verließ die „Harry S. Truman“, einer der gigantischen Flugzeugträger der Nimitz-Klasse, unerwartet das östliche Mittelmeer, von wo aus ihre Flugzeuge zu Bombenangriffen auf IS-Stellungen in Syrien gestartet waren. Sie nahm Kurs auf den Atlantik, um dann plötzlich und unangekündigt nordwärts zu schwenken. Normalerweise tun Flugzeugträger nichts dergleichen: Ihre Routen werden auf Jahre hinaus im Voraus festgelegt. Hier geschah etwas anderes. Die „Truman“ und ihre Begleitschiffe steuerten mit Volldampf das nördliche Eismeer an und wurden dort – als erste Flugzeugträgergruppe seit 27 Jahren – zur Unterstützung der Nato-Kriegsspiele in Norwegen einge-

setzt. Die dadurch ausgelöste Bestürzung erfreute das Pentagon. Der unvorhersehbare „dynamische Kräfteinsatz“ ist ein Kernstück seiner neuen Strategie, mit der es Amerikas Herausforderer kalt zu erwischen gedenkt.

Die „Harry S. Truman“ ist umstritten. Das Pentagon würde diesen Flugzeugträgertyp gern durch modernere Schiffe ersetzen. Der Kongress hält dagegen. Das Weiße Haus wünscht noch mehr und noch größere Trägergruppen. Die Marine möchte zwölf davon. Die zwischen 1975 und 2009 in Dienst gestellten Giganten der Nimitz-Klasse sollen durch noch gigantischere und komplexere Einheiten der Ford-Klasse abgelöst werden. Alle Akteure haben ihre jeweiligen Prioritäten, aber in einem Punkt ist sich ganz Washington einig: Es muss gewaltig aufgerüstet werden.

»China, China, China«: Die amerikanische Wende

Der Rücktritt von General James Mattis als US-Verteidigungsminister Ende 2018 hat eine neuerliche Spekulationswelle über die Positionskämpfe innerhalb der Trump-Administration ausgelöst. Stärkere Beachtung dürften allerdings Mattis' Interims-Nachfolger Patrick Shanahan und dessen Agenda verdienen. Insider beschreiben Shanahan, der dreißig Jahre bei Boeing hinter sich hat, als „ein leibhaftiges Produkt des Militärisch-Industriellen Komplexes“. Unter Mattis fungierte er als der dynamische Organisator eines neu ausgerichteten Pentagons, das seine Aktivitäten nicht so sehr auf *counterinsurgency* – Aufstands- und Terrorismusbekämpfung – als vielmehr auf künftige Großmächtekonflikte konzentriert. Shanahans Spezialität sind fortgeschrittene Technologien: Hyperschall, Strahlenwaffen, Weltraum, Cyber, Quantenwissenschaft und autonome Kriegführung durch Künstliche Intelligenz. Und er verfügt über das nötige Geld. Die Trump-Administration hat atemberaubende 750 Mrd. US-Dollar für den Verteidigungshaushalt 2020 veranschlagt, mehr als die im globalen Vergleich folgenden sieben Staaten insgesamt für Rüstung ausgeben.

Niedergangspropheten werden einwenden, dass die Vereinigten Staaten kein Monopol auf High-Tech-Waffen mehr haben, doch gerade das ist Wasser auf die Mühlen der Strategen der Trump-Ära. Sie erkennen die Gefahr, die von der Großmächtekonkurrenz ausgeht, und sie haben vor, sich dieser zu stellen – und zu gewinnen. Die meisten anderen Staaten, die nennenswerte Militärausgaben tätigen, sind schließlich Verbündete oder Protektorate Amerikas wie Saudi-Arabien oder die europäischen Nato-Mitglieder. Als echte Herausforderer zählen derzeit lediglich Russland und China. Russland ist lästig, und der Zusammenbruch der nuklearen Rüstungskontrolle wirft wichtige, kostenträchtige Zukunftsfragen auf. Doch Russland ist der alte Feind. Shanahans Mantra lautet „China, China, China“.

Die „Wende“ in der amerikanischen Chinastrategie wurde allerdings nicht von Trump, sondern schon 2011 unter Obama von Hillary Clinton, seinerzeit US-Außenministerin, eingeleitet. Schon damals krachte es gewaltig im Getriebe, obwohl wesentlich taktvoller vorgegangen wurde. Die Ein-

dämmung Chinas ist nämlich nicht das, wozu Washingtons Bündnissystem einst konzipiert wurde. Seit Anfang der 1970er Jahre, seit den Tagen Richard Nixons und Henry Kissingers, hatten die USA China geradezu als eine Art Partner rekrutiert, als Gegengewicht zu Russland. Ließe man ihn nur machen, würde Trump gern versuchen, Kissingers Verfahren umzukehren und Russland als Verbündeten gegen China zu rekrutieren. Doch der Kongress und die *Defence Community* denken nicht daran, so etwas zuzulassen. So setzen die Vereinigten Staaten stattdessen sogar verstärkt auf ihre Bündnisse aus der Zeit des Kalten Krieges und halten neben den Europäern auch Südkorea und Japan an, ihre Verteidigungsanstrengungen zu verstärken. Das bringt den zusätzlichen Nutzen mit sich, dass diese Länder mehr amerikanisches Kriegsgerät kaufen müssen. Sollte auch das vietnamesische Regime auf den amerikanischen Kurs einschwenken, würde Washington es gewiss mit offenen Armen empfangen.

Damit soll keineswegs gesagt sein, Trumps Version der Strategiewende sei in sich stimmig. Wenn es tatsächlich darum geht, China einzudämmen, müssen Amerikas asiatische Partner sich eigentlich wundern, warum der Präsident schon wenige Tage nach seiner Amtseinführung aus der Transpazifischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTP) ausstieg. Dieser ausgeklügelte Deal hatte das Fundament der Eindämmungsstrategie Obamas gegen China bilden sollen. Aber Trump und seine Kohorten halten diese Vorstellung für konfus. Man könne Amerikas Macht nicht auf dem Boden eines gigantischen Handelsdefizits aufbauen. Washington ist nicht länger gewillt, militärische Kooperation mit wirtschaftlichen Zugeständnissen zu erkaufen: Es will größere Militärbeiträge *und* ausgeglichene Handelsbeziehungen.

Die gewaltige Ressourcenverschwendung der Europäer

In Europa folgt die Trump-Administration der gleichen Devise. Trumps Antipathie gegen die EU und deren politische Kultur mag verstören. Aber das Problem der Lastenteilung hat der Nato von Anfang an zu schaffen gemacht, und zumindest bis in die 1980er Jahre hinein leisteten die Europäer immerhin wesentliche Beiträge.

Bis 1989 war die deutsche Bundeswehr eine schwer bewaffnete und hochgradig mechanisierte Truppe von 500 000 – im Mobilisierungsfall 1,5 Millionen – Mann. Obwohl an ihrer Loyalität zur Bundesrepublik kein Zweifel bestand, war sie doch fraglos ein Abkömmling der militärischen Vergangenheit Deutschlands.

Das Ende des Kalten Krieges markierte einen dramatischen Bruch, nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa. Die Militärausgaben stürzten ab; die Wehrpflicht wurde abgeschafft; der europäische Beitrag zur effektiven Stärke der Nato schwand dahin. Zudem kam es zwischen Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten zu schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten über strategische Prioritäten, besonders im Hinblick auf den Irak und den Antiterrorkrieg.

Aber unterschiedliche Bedrohungsvorstellungen können die Vernachlässigung der sicherheitspolitischen Landschaft Europas nicht rechtfertigen. Wenn die Europäer sich wirklich so sicher fühlen, wie sie behaupten, sollten sie den Mut aufbringen, für noch massivere Kürzungen einzutreten. Stattdessen unterhalten sie weiterhin militärische Einrichtungen, deren Kosten – zusammengerechnet – dem zweit- oder drittgrößten Militärhaushalt der Welt entsprechen (je nachdem, auf welche Höhe man das chinesische Budget veranschlagt). Aber weil Europa die 270 Mrd. US-Dollar, die es umgerechnet für Militär ausgibt, auf 28 schlecht koordinierte, zahlenmäßig ungenügende Armeen verteilt, reichen sie nicht aus, für eine angemessene, tatsächlich einsetzbare Militärmacht zu sorgen. Abgesehen von ihrer Funktion als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme besteht die einzige Rechtfertigung dieser gewaltigen Ressourcenverschwendung darin, dass sie die Amerikaner bei der Stange halten soll.

Im Ergebnis war das militärische Kräfteverhältnis während der vergangenen dreißig Jahre außerordentlich unausgewogen. Niemals zuvor in der Geschichte gab es ein derartiges Machtungleichgewicht. Es ist Amerikas Vormachtstellung, welche heute das, was wir als Weltordnung bezeichnen mögen, im Guten wie im Schlechten prägt. Und angesichts der Großzügigkeit, mit der es von dieser Stärke Gebrauch gemacht hat, erscheint es unangebracht, von einer Pax-Americana zu sprechen. Eine ganze Generation amerikanischer Soldaten hat sich daran gewöhnt, Kriege unter total asymmetrischen Bedingungen auszufechten. Darin besteht für sie die amerikanische Weltordnung. Und die Trump-Administration denkt gar nicht daran, diese aufzugeben oder zu schwächen. Sie setzt vielmehr alles daran, die bestehende Asymmetrie zu konsolidieren und auszubauen.

Besteht die Gefahr einer amerikanischen Machtüberdehnung?

In Europa fragt man, wie die Amerikaner sich ihr Militär leisten können. Handelt es sich hier nur um ein weiteres Beispiel für den unausgewogenen Zustand, in dem die USA sich befinden? Besteht nicht die Gefahr eines Overstretch, der Machtüberdehnung?

Diese Sorge gab es zweifellos Ende der 1980er Jahre und später erneut in Gestalt der Ängste, die Kritiker des Irakkriegs und haushaltspolitische Hardliner der Demokratischen Partei zur Zeit George W. Bushs schürten. Doch in der gegenwärtigen Debatte über Amerikas Macht spielt sie aus gutem Grund keine große Rolle. Es ist einfach so, dass der Anteil der Militärausgaben angesichts des Überflusses, der in den westlichen Gesellschaften derzeit herrscht, nicht unverhältnismäßig hoch liegt. Die Nato-Zielmarke, über die man sich in Europa so aufregt, liegt bei zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, und die US-Militärausgaben machen zwischen drei und vier BIP-Prozentpunkten aus. Zudem heißt es, kameralistisch zu denken, wenn man darin nur einen Kostenfaktor sieht. Das Pentagon-Budget kommt ganz überwiegend der amerikanischen Wirtschaft oder derjenigen enger Verbün-

deter zugute. Hunderte von Milliarden Dollar fließen so als Gewinne, Gehälter und Steuereinnahmen dem Geschäftsleben und den Gemeinwesen zu. Zudem steht das Pentagon für die am stärksten zukunftsorientierte Industriepolitik Amerikas. Militärische Forschung und Entwicklung diente als eine der Geburtshelferinnen des Silicon Valleys, der großartigsten Legitimationserzählung des zeitgenössischen amerikanischen Kapitalismus.

Die globale Hegemonie des Dollar

Wenn der Kongress es wollte, könnten die Verteidigungsausgaben problemlos mit Steuermitteln bestritten werden. Das haben sowohl die Clinton- als auch die Obama-Administration erstrebt. Die Republikaner gehen anders vor. Drei der vier letzten republikanischen Administrationen – die von Reagan, George W. Bush und jetzt Trump – haben enorme Steuersenkungen für die Bessergestellten mit einer gewaltigen Steigerung der Verteidigungsausgaben kombiniert. Warum? Nun, weil sie es können. Wie Dick Cheney einmal zum Entsetzen der Washingtoner Zentristen verkündete, hat nämlich „Reagan gezeigt, dass Defizite keine Rolle spielen“. Für US-Staatsanleihen werden künftige US-Steuerzahler aufkommen müssen, aber aus ebendiesem Grunde betrachten globale Investoren sie als die bei weitem sichersten Anlagemöglichkeiten. Ausländische Investoren halten 6,2 Billionen Dollar an amerikanischen Staatsschuldpapieren, 39 Prozent der Verbindlichkeiten bestehen gegenüber anderen Investoren als den Staatsbehörden der USA. Amerikas Steuerzahler werden weit in die Zukunft hinein massive Rückzahlungen leisten müssen, aber sie werden dies mit Geld tun, das die Vereinigten Staaten selbst drucken. Ausländer vergeben gerne Kredite auf Dollarbasis, weil der US-Dollar die mit Abstand wichtigste Reservewährung ist.

Die globale Hegemonie des Dollar bleibt unangefochten. Die Rolle der US-Währung im internationalen Finanzwesen hat die Krise von 2008 nicht nur überstanden – sie wurde durch die Finanzkrise sogar noch gestärkt. Als die Banken in aller Welt nach Dollar-Liquidität lechzten, wandelte sich die US-Notenbank, die „Fed“, zum Weltkreditgeber der letzten Instanz. Im Rahmen seines Wahlkampfes von 2016 führte Trump eine ungewöhnliche Kampagne gegen Janet Yellen, die Fed-Chefin. Aber nach seinem Amtsantritt verhielt er sich zurückhaltender, und dass er Jerome Powell zu ihrem Nachfolger ernannte, war wohl sein wichtigstes Zugeständnis an die politisch herrschende Meinung.

Das heißt nicht etwa, Trump respektiere die „Unabhängigkeit“ der Notenbank. Als diese 2018 begann, die Zinssätze zu erhöhen, hielt er energisch dagegen. (Schließlich kennt er sich in Sachen Schulden ein wenig aus und bevorzugt niedrige Kreditkosten.) Sein Mobbing empörte die Liebhaber guter Formen, aber statt die Stellung des Dollar als Weltwährung zu untergraben, waren Trumps Interventionen Musik in den Ohren hochverschuldeter Schwellenländer. Gleiches gilt für den gewaltigen finanziellen Stimulus, den die Republikaner mit ihren Steuersenkungen auslösten: Ungeachtet der Stör-

geräusche eines Handelskriegs hat er die amerikanische Importnachfrage – ein Kernelement der globalen Führungsrolle – auf Rekordniveau gehalten.

Die amerikanisch kontrollierte Weltwirtschaftsordnung basiert nicht etwa darauf, dass Washington selbst sich diszipliniert verhält. Disziplin ist etwas für Krisenfälle in der Peripherie, und für ihre Durchsetzung sind Institutionen wie IWF und Weltbank zuständig. Beide Institutionen haben Schwächephasen durchgemacht. In einer Welt, in der kommerzielle Kredite selbst für die ärmsten Länder der Welt billig sind und reichlich fließen, hat die Weltbank Mühe, ihre Rolle zu bestimmen. Dem IWF hingegen geht es vergleichsweise gut, hauptsächlich deshalb, weil die G20-Länder 2009 seine Finanzierung unter dem Druck der Obama-Administration um eine Billion Dollar ausweiteten. Und bislang zeigt die Trump-Administration sich nicht interessiert, Christine Lagarde das Leben schwer zu machen. Bei der jüngsten Entschuldungsaktion für Argentinien agierten die Amerikaner bemerkenswert kooperativ. Eine Schlüsselfrage dürfte die Prolongation der Notkredite aus der Krisenära sein. Unter dem Aspekt der weltwirtschaftlichen Governance könnte diese sich als der bisher härteste Test auf die Position der Trump-Präsidentschaft erweisen.

Die harsche Logik amerikanischer Außenpolitik

Wie asymmetrisch die amerikanische Weltordnung strukturiert ist, hat in den vergangenen Monaten das dollarbasierte Abrechnungssystem für den Welthandel eindringlich demonstriert: Es wurde gezielt dazu instrumentalisiert, alle, die versuchten, mit dem Iran Geschäfte zu machen, mit Sanktionen zu bedrohen. Die Weltmeinung schäumte. Die Europäer rappelten sich sogar dazu auf, von „ökonomischer Souveränität“ zu reden. Es ist allerdings kein Mangel an Ordnung, worüber sie sich beklagen, sondern der Gebrauch, den Amerika von ihr macht. Viele sehen in Trumps Rückzug aus dem Iran-Nuklearabkommen ein weiteres Beispiel für Amerikas Unzuverlässigkeit und Unilateralismus. Aber warum regt man sich auf? Es bedurfte außergewöhnlicher politischer Finesse seitens der Obama-Administration, den Iran-Deal in Washington über die Bühne zu bringen. Und es war jederzeit mehr als wahrscheinlich, dass eine republikanische Administration ihn verwerfen würde. Das mag bedauerlich sein, aber es fällt schwer, darin einen Bruch mit den Normen der amerikanischen Weltordnung zu sehen. Das System ist hierarchisch. Während es andere bindet, behält Washington sich die Freiheit vor, souverän zu entscheiden. Und das schließt das Recht ein, den Kalten Krieg wieder aufzunehmen, den es seit 1979 gegen die iranische Revolution geführt hat.

Dieselbe harsche Logik gilt im Hinblick auf das Pariser Klimaschutzabkommen. Dass die Vereinigten Staaten sich daraus zurückgezogen haben, ist zweifellos eine Katastrophe. Aber der Kongress und die Regierung George W. Bushs verfuhr zu Beginn dieses Jahrhunderts mit dem Kyoto-Protokoll ebenso. Derartige Schritte sollte man nicht als generelle Abkehr vom Anspruch auf Weltordnung oder gar vom amerikanischen Führungsan-

spruch interpretieren. Die Trump-Administration lässt sich eindeutig von der Vision eines energiebasierten Systems amerikanischer Führung und Einflussnahme leiten. Es fußt auf dem transformativen technologischen und kommerziellen Durchbruch des Fracking-Verfahrens, das die Kontrolle Russlands und der Saudis über die Ölmärkte gebrochen hat und die Vereinigten Staaten erstmals seit den 1950er Jahren zu einem Nettoexporteur von Kohlenwasserstoffen macht. Verflüssigtes Erdgas ist der Brennstoff der Zukunft. An der texanischen Küste schießen Flüssiggas-Terminals wie Pilze aus dem Boden. Fracking war anfangs eine windige Unternehmung, aber inzwischen fließt Konzernkapital in Strömen. ExxonMobil ist wieder da – nach einer kommerziellen Schwächephase und Rex Tillersons demütigendem Intermezzo als US-Außenminister. Heute investiert der Ölgigant massiv in Lateinamerika, wo riesige neue Gasfelder entdeckt wurden. Alle, in deren Augen die Zukunft der Menschheit von der Dekarbonisierung abhängt, muss die ganze Entwicklung entsetzen. Doch ich kann nur wiederholen: Wer begreifen will, wie die bestehende Weltordnung wirklich funktioniert, dem hilft es wenig, diese mit einer spezifisch linksliberalen Interpretation der Weltordnungsidee zu verwechseln.

Die Krise der globalen Handelspolitik

Wenn also die Republikaner einfach nur republikanische Politik machen, Amerikas Militärmacht zu- statt abnimmt und der Dollar weiter im Zentrum der Weltwirtschaft steht – was genau *ist* dann kaputtgegangen?

Der deutlichste Bruch zeigt sich auf dem Gebiet des Handels und in der damit verbundenen geopolitischen Eskalation im Umgang mit China. Die Vereinigten Staaten betreiben einen andauernden und wirksamen Boykott der WTO-Schiedsgerichtsbarkeit. Die Welthandelsorganisation siecht allerdings schon lange dahin. Seit die Doha-Runde Anfang der 2000er Jahre stecken blieb, hat sie zur Handelsliberalisierung nicht mehr viel beigetragen. Die Vorstellung, dass Rechtsabkommen, wie sie in der WTO geschlossen werden, die Globalisierung vorantreiben, spannt ohnehin den Karren vors Pferd. Worauf es wirklich ankommt, das sind Technologie und Arbeitskosten. Container und Mikrochips sind weitaus wichtigere Triebkräfte der Globalisierung als all die GATT-Runden und WTO-Gespräche zusammengenommen. Wenn die Globalisierung während der letzten zehn Jahre ins Stocken geraten zu sein scheint, hat das mehr mit Entwicklungsproblemen der weltweiten Lieferketten zu tun als mit einem Rückfall in den Protektionismus.

In dieser Hinsicht kommt dem aggressiven Vorgehen der Trump-Administration gegen Amerikas regionale Handelsarrangements größere Bedeutung zu als ihrem WTO-Boykott. Es sind die regionalen Integrationsvereinbarungen, welche die Regeln für die entscheidenden Lieferketten bestimmen. Der abrupte Rückzug der Vereinigten Staaten aus TTP in der asiatisch-pazifischen Region und TTIP im europäisch-atlantischen Raum, der gleich in den ersten Tagen der Trump-Administration erfolgte, löste einen echten Schock

aus. Aber ob eine Hillary-Clinton-Administration diese beiden Abkommen sonderlich eifrig weiter betrieben hätte, ist alles andere als klar. Sie würde einen Rückzug zweifellos gefälliger gestaltet haben, aber die politischen Kosten des Versuchs, diese Abkommen – das eine wie das andere – im Kongress durchzubringen, hätten ihr durchaus zu hoch sein können.

Im Frühjahr 2017 bestand Grund zu befürchten, dass Trump abrupt und einseitig das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA aufkündigen könnte – offenbar hatte man den hundertsten Tag seiner Präsidentschaft zum Anlass nehmen wollen. Aber einer konzertierten Mobilisierung von Geschäftsinteressen zur Schadensbegrenzung gelang es, die Gefahr fürs erste abzuwenden. Zu Beginn der Neuverhandlungen mit Mexiko und Kanada herrschte allerdings ein rauer Ton. In Robert Lighthizer als Unterhändler hatte Trump einen Grobian nach seinem Geschmack gefunden.

Aber auch hier gilt – blickt man auf die Geschichte der NAFTA- und WTO-Verhandlungen zurück –, dass es dort üblicherweise ruppig zugeht. Schließlich fand man in Gestalt des United States Mexico Canada Agreements (USMCA) einen NAFTA-Ersatz. Abgesehen von geringfügigen Zugeständnissen beim Export von Milchprodukten nach Kanada und beim Schutz geistigen Eigentums an amerikanischen Pharmazeutika betreffen die Vertragsbestimmungen hauptsächlich die Automobilindustrie, die im Handel der nordamerikanischen Staaten dominiert. Zur Vermeidung von Zöllen müssen 40 Prozent der Teile eines jeden in Mexiko produzierten Fahrzeugs von Arbeitern mit einem Stundenlohn von 16 US-Dollar erzeugt werden – deutlich über dem US-amerikanischen Mindestlohn und das Siebenfache des Durchschnittslohns in der mexikanischen Industrie. Drei Viertel der Wertschöpfung pro Fahrzeug müssen innerhalb der Freihandelszone erfolgen, was die Verwendung billig importierter Komponenten aus Asien begrenzt. Das wird wahrscheinlich zu einer Modifizierung, nicht aber zur völligen Zerstörung der unter NAFTA entstandenen Produktionsnetzwerke führen. Die amerikanischen Gewerkschaften haben die gefundene Lösung nicht gutgeheißen, aber auch nicht zurückgewiesen. Der Dachverband American Federation of Labour and Congress of Industrial Organisations (AFL-CIO) erklärte, wie diese Regelung sich auswirke, werde davon abhängen, wie man sie anwende.

Trump gegen deutsche Autos

Wie bei den NAFTA-Neuverhandlungen steht auch in dem schwelenden Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der EU die Automobilindustrie im Mittelpunkt. Eine Gleichsetzung wäre allerdings unangebracht. Denn das Unverständnis und die Respektlosigkeit, welche das Weiße Haus der EU gegenüber an den Tag legt, sind beispiellos.

Ob Trump und seine Entourage überhaupt begriffen haben, dass es gar keine bilateralen Handelsdeals zwischen Amerika und einzelnen EU-Mitgliedern mehr gibt, ist unklar. Trumps offene Befürwortung des Brexit und

die Ermunterung zu weiteren Gefährdungen des EU-Zusammenhalts sind mehr als befremdlich. Dass Section 232 des *Trade Expansion Act* dazu herangezogen wird, Autoimporte aus Deutschland als mögliche Gefährdung der nationalen Sicherheit Amerikas zu behandeln, ist absurd. Solche Vorgänge brechen mit aller bisherigen Erfahrung. Allerdings verweist Trumps Obsession mit der massiven Präsenz deutscher Limousinen in angesagten Vierteln New Yorks auf ein weiteres Ungleichgewicht in den transatlantischen Beziehungen: auf den andauernden Handelsbilanzüberschuss Europas.

Natürlich trägt Amerika mit seiner enthemmten Finanzpolitik zu diesem Ungleichgewicht bei: Je rosiger Amerikaner ihre finanzielle Lage sehen, desto wahrscheinlicher werden sie deutsche Autos kaufen. Aber Europas hartnäckige Weigerung, für ein stärkeres Wirtschaftswachstum zu sorgen, schadet – worauf schon die Obama-Administration wiederholt hinwies – nicht nur Europa selbst, sondern der Weltwirtschaft insgesamt. Das Ausmaß der saldierten Handelsbilanzüberschüsse der Eurozone ist im historischen Vergleich äußerst ungewöhnlich. Einerseits erhöht es Europas Krisenanfälligkeit, weil es seine Produzenten zu Geiseln der Auslandsnachfrage macht. Andererseits kann es darüber hinaus weltwirtschaftliche Erschütterungen auslösen.

Wie die USA China in die Schranken weisen wollen

Mag sein, dass Europas Trittbrettfahrerei die Weltordnung untergräbt, aber eine direkte Bedrohung der amerikanischen Autorität geht von der EU nicht aus. Mit China verhält es sich anders, und das zeigt an, dass wir gegenwärtig in den internationalen Beziehungen – verglichen mit den Jahrzehnten seit Ende des Kalten Krieges – tatsächlich einen Bruch erleben. Niemand – auch die Chinesen nicht – war darauf eingestellt, wie rasch die Trump-Administration 2018 Handelsstreitigkeiten eskalieren würde. Schon gar nicht darauf, dass diese Politik sich zu einer umfassenden Infragestellung der chinesischen Präsenz im globalen Tech-Sektor auswächst. Die Vereinigten Staaten bedrängen ihre Verbündeten massiv, den chinesischen Telekommunikationsgiganten Huawei aus ihren 5G-Planungen – also dem Übergang zur nächsten Generation der Internet-Technologie – vollständig auszuschließen. Allerdings sind hier die Vereinigten Staaten – und ihre Verbündeten – diejenigen, die reagieren: Der auslösende Schock ging von Chinas präzedenzlosem Wachstum aus.

So sorgte allein dieses eine Land während der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts für eine Verdoppelung der weltweiten Stahl- und Aluminiumkapazitäten. Seine gewaltigen Investitionen in Forschung und Entwicklung verwandelten China aus einem „Dritte Welt“-Importeur westlicher Technologie in eine auf dem 5G-Sektor weltweit führende Macht. Wie Trumps Unterhändler Peter Navarro, Robert Lighthizer und ihresgleichen es sehen, war es die Naivität der Enthusiasten einer amerikanisch geführten Weltordnung in den 1990er Jahren, die Chinas kommunistisch geführtem Staatskapita-

lismus die WTO-Mitgliedschaft ermöglichte. Was die Globalisten demnach nicht begriffen, war die Lektion vom Platz des Himmlischen Friedens. China würde sich zwar integrieren, aber zu seinen Bedingungen.

1989, als die chinesische Wirtschaftsleistung lediglich vier Prozent des globalen BIP ausmachte, konnte das noch ignoriert werden. Aber jetzt nähert sich diese Größe der 20-Prozent-Marke. Wenn es nach den amerikanischen Handels-Hardlinern geht, ist Wettbewerb im Rahmen einer festgelegten Weltordnung nur so lange begrüßenswert, wie die Wettbewerber sich willig an Amerikas Regeln halten – und zwar sowohl ökonomisch als auch geopolitisch. Das war die Lektion, die Europa nach dem Zweiten Weltkrieg zu lernen hatte. Es war die Lektion, die man Japan in den 1980ern und Anfang der 1990er Jahre auf die harte Tour lehrte. Wenn China sich nun weigert, diese Lektion zu lernen, muss es in seine Schranken gewiesen werden.

Amerika verfügt nach wie vor über gewaltige Vorteile. Es wäre jedoch gefährlich – heißt es –, sich einfach auf diese zu verlassen. Manchmal muss Amerikas Vormachtstellung durch einen „Bewegungskrieg“ verteidigt werden. Die sich abzeichnende amerikanische Strategie besteht darin, Peking durch die Androhung handelspolitischer Sanktionen und aggressive Gegenespionage in der Tech-Arena in Kombination mit einer Intensivierung der militärischen Anstrengungen zu zwingen, nicht nur Amerikas globale Vormachtstellung, sondern sogar dessen Regeln für die Schifffahrt im Südchinesischen Meer hinzunehmen. Für diesen Kurs der Trump-Präsidentschaft gibt es ein historisches Vorbild: das Vorgehen der Reagan-Administration gegen die Sowjetunion Anfang der 1980er Jahre. Damals übte Washington wirtschaftlichen und politischen Druck auf Moskau aus, um eine auf die 1970er Jahre zurückgehende Entwicklung zu stoppen, die es als bedrohliche sowjetische Expansion empfand. Ungeachtet aller damit verbundenen Risiken gilt diese Episode amerikanischen Konservativen als Musterbeispiel einer erfolgreichen *Grand Strategy*.

Der Versuch, diese Lektion auf das heutige China anzuwenden, wirkt deshalb so schockierend, weil die US-Wirtschaft mit China unvergleichlich enger verflochten ist als jemals mit der Sowjetunion. Wer nach einer Komponente der amerikanischen Weltordnung sucht, die in unseren Tagen tatsächlich auf dem Prüfstand steht, braucht nur auf Apples Lieferkette in Ostasien zu schauen. Anders als der südkoreanische Samsung-Konzern hat der kalifornische Tech-Gigant es riskiert, dass die Verflechtung mit China zur Einbahnstraße gerät. Fast alle iPhones von Apple werden in China assembliert. Apple ist ein Extremfall, aber es steht durchaus nicht allein. General Motors verkauft derzeit mehr Autos in China als in den Vereinigten Staaten. Amerikas Farmer haben ihre Äcker massenhaft auf den Anbau von Sojabohnen für den Export nach China umgestellt, nur um sich inzwischen von diesem, ihrem größten Absatzmarkt, durch brasilianische Konkurrenten verdrängt zu sehen. Es sind auch nicht allein amerikanische Firmen, die unter der Eskalation der Spannungen leiden. Wichtige europäische, südkoreanische, taiwanische und japanische Unternehmen haben sich mit hohem Einsatz in China engagiert.

Angesichts so bedeutender Investitionen hätte man von Seiten der US-Geschäftswelt stärkeren Widerstand gegen Trumps Chinastrategie erwarten können. Doch bislang ist davon wenig zu sehen. Die Aussicht auf eine radikale Entkoppelung der Volkswirtschaften Chinas und Amerikas wirkt möglicherweise so schrecklich, dass die Wirtschaftsrosse einfach nicht öffentlich darüber diskutieren möchten. Mag sein, dass sie in Deckung gehen und hoffen, der Sturm möge vorüberziehen. Vielleicht ist es aber auch so, dass die amerikanische Wirtschaft den Geheimdiensten und der sicherheitspolitischen Gemeinde des Landes deren zunehmend pessimistische Diagnose abnimmt. Die sehen China aufgrund seines hartnäckigen Protektionismus und Wirtschaftsnationalismus eher als Bedrohung denn als Chance.

Die Sorge vor einer sinozentrischen Globalisierung

Die Verhärtung der Einstellungen gegenüber China ist nicht auf die USA beschränkt. Es war das als „Five Eyes“ bekannte anglo-amerikanische Geheimdienstkonsortium, das den Alarm über Huaweis Fähigkeit schlug, in die empfindlichsten Telekommunikationsnetze des Westens Hintertüren einzubauen. Kanada und Australien machen sich große Sorgen über das chinesische Vordringen. Der neue Pessimismus, die Furcht vor einer sinozentrischen Globalisierung, geht nicht nur unter sicherheitspolitischen Falken um, sondern wird von vielen Mainstream-Ökonomen und Politikwissenschaftlern der akademischen Welt, der Think-Tank-Szene und Chinabeobachtern in den Medien geteilt.

Die liberale Version der amerikanischen Weltordnung ist stark von modernisierungstheoretischen Ansätzen beeinflusst, was sich aktuell in der Doktrin der *Middle-Income-Trap* niederschlägt. Diese weist darauf hin, dass es nur sehr wenige große Länder geschafft haben, über Chinas derzeitiges Einkommensniveau hinauszuwachsen. Jene, denen es gelang, rüsteten sich auf dem Wege dorthin mit dem kompletten System liberaler Institutionen und rechtsstaatlichen Ordnungen aus. Nach dieser Lesart befindet China sich heute in einer prekären Situation. Xi Jinpings autoritäre Wende sei ein entscheidender Schritt in die falsche Richtung. Zu den häufig genannten Schwächeanzeichen des Landes zählen auch ethnische Spannungen und die fortschreitende Alterung der Bevölkerung als Langzeitfolge der Ein-Kind-Politik. Weit über die Trump-Administration hinaus ist die Annahme verbreitet, dass die Zeit gegen China zu arbeiten beginnt und der Westen jetzt härtere Positionen beziehen sollte. Das wäre in der Tat ein Bruch mit dem seit den 1990er Jahren herrschenden Narrativ der Globalisierung, kaum aber mit der amerikanisch geführten Weltordnung. Die Vorstellung, dass diese den gesamten Globus umgreift, ist schließlich jüngerer Datums. Die Nachkriegsordnung, die nach 1945 entstand und allgemein als das Nonplusultra der amerikanischen Hegemonie gilt, basierte auf den verfestigten Spaltungen des Kalten Krieges.

Mit Blick auf China ist die Frage nicht so sehr, ob Amerika führen will, sondern ob andere gewillt sind zu folgen. Die Ordnung des Kalten Krieges

in Europa und Ostasien zu errichten, war vergleichsweise einfach. Stalins Sowjetunion machte viel von der Peitsche Gebrauch, bot aber wenig Zuckerbrot. Für das heutige China gilt dies nicht. Dessen Volkswirtschaft dient einem gigantischen ostasiatischen Industriekomplex als pulsierendes Herz. Falls es zu einer Eskalation mit China kommt, könnte sich herausstellen, dass wir – insbesondere in Ostasien – weniger ein Ende der amerikanisch kontrollierten Weltordnung als vielmehr eine Umkehrung ihrer Konditionen erleben. In der Vergangenheit arbeiteten die Vereinigten Staaten, um die bedrohliche Militärmacht der Kommunisten zu kontern, mit Soft-Power-Anreizen – wobei Hard Power als Ultima Ratio in der Hinterhand blieb. In der nächsten Phase könnten die USA zum Lieferanten militärischer Absicherung gegen jene Verlockungen werden, die Chinas Wachstumsmaschine bietet.

Aber so weit ist es nicht. Wer beim heutigen Stand, nach gut zwei Jahren der Trump-Präsidentschaft, von einem Ende der amerikanischen Weltordnung spricht, übertreibt gewaltig. Die beiden Säulen, auf denen die globale Vormachtstellung der Vereinigten Staaten ruht – die militärische und die finanzielle –, tragen immer noch und wanken nicht.

Tatsächlich vorbei ist etwas anderes: jeglicher Anspruch der amerikanischen Demokratie nämlich, als politisches Modell gelten zu können. Und das ist zweifellos ein historischer Bruch. Trump schließt definitiv das Kapitel, das einst Woodrow Wilson im Ersten Weltkrieg mit seiner Behauptung, die amerikanische Demokratie artikuliere die tiefsten Empfindungen liberaler Humanität, aufgeschlagen hatte. Hundert Jahre danach verkörpert Trump ein für alle Mal leibhaftig die Seichtigkeit, den Zynismus und die schiere Stupidität, die im politischen Leben Amerikas weithin dominieren. Was wir da erleben, ist eine radikale Entkoppelung grundlegender Machtstrukturen – die fortbestehen – von deren politischer Legitimation.

Der amerikanische Präsident in einem Golfwägelchen sitzend – mag sein, dass dieses Bild in seiner Lächerlichkeit den Zustand, in dem wir uns heute befinden, angemessen symbolisiert. Allerdings könnte es ein viel zu harmloses Szenario suggerieren: Amerikas Macht, wie sie über den gepflegten Rasen der Pensionierung entgegenrumpelt. Das ist nicht Amerikas Wirklichkeit. Man stelle sich vielmehr den Präsidenten und sein Buggy auf dem fußballfeldgroßen Deck eines 13 Mrd. Dollar teuren nukleargetriebenen Flugzeugträgers der Ford-Klasse vor, unterwegs zum „dynamischem Kräfteinsatz“ Amerikas im Südchinesischen Meer. Das träfe das surreale Revival alter Großmächterivalitäten besser, in dessen Schatten wir heute leben. Ob es sich in der Geschichte der amerikanischen Weltmachtstellung als ebenso gewaltsame wie vergebliche Nachhutoperation entpuppen oder ein ganz neues Kapitel aufschlagen wird, muss sich erst noch erweisen.